

Thurgauer Zeitung

thurgauerzeitung.ch



Trüffel-Duo aus Hörhausen
Jürg Truninger und seine Hündin suchen und finden heimische Knollenpilze. 34

Im Mai zurück in der Hauptstadt
Nach 39 Jahren Unterbruch findet das Kantonale Gesangsfest wieder in der Stadt Frauenfeld statt. 33

Schweizer Mosterei- und Brennereimuseum Arbon

Mostindien lädt ein zum Familienausflug

momoe.ch

MOMÖ

Auch nach dem Sturm ist es noch gefährlich

Weinfelden Revierförster Roman Gunterweiler warnt: «Von Waldspaziergängen rate ich ab.» Die Gefahr von herunterfallenden Ästen sei nach wie vor sehr gross. Das gilt es auch bei den Aufräumarbeiten der Förster zu beachten. Roman Gunterweiler rechnet nach «Sabine» mit 3000 Kubikmeter Sturmholz. (sba) 28

Zweiter Brand auf dem Hof in sechs Monaten

Bissegg Der Dachstock eines Bauernhauses in Hofen bei Bissegg hat gestern Feuer gefangen. Es ist der zweite Brand innerhalb eines halben Jahres. Davor brannte die Scheune. Verletzt wurde bei diesem Brand niemand. Der Schaden beträgt mehrere hunderttausend Franken. (sba) 39

Salzkorn

Es ist wie eine miese Never-Ending-Story, nur in echt. Da muss wieder einmal der CEO einer Grossbank gehen, und wieder wird ihm mit Millionen der Abgang versüsst. So als wäre nie eine Abzocker-Initiative angenommen worden. Natürlich wird argumentiert, es sei alles rechtens. Mag sein, es wurden ja auch genügend Schlupflöcher gelassen.

Es soll jetzt nur niemand damit kommen, es würde hier wieder eine Neiddebatte angezettelt. Was denn sonst, wenn sich bald auch der Kleinsparer mit Negativzinsen herumschlagen muss! Ein bürgerlicher Nationalrat kommentierte den Abgang des CS-Chefs so: «In dieser Affäre gilt: Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.» Wie bitte? Vielleicht erinnert sich der Parlamentarier gelegentlich wieder an seine Rolle als Gesetzgeber. Und es mutet fast schon kitschig-rührend an, wenn ein Ex-Banker einen «Sittenerfall» in den Banken beklagt. Schämt sich dort deswegen jemand? Kaum. Das kann ja ausgelagert werden. U. B.

ANZEIGE

Thurgauer Zeitung

Gut informiert, schlau investiert.

tagblatt.ch abo*

Wil-West: Kritiker werden ruhiggestellt

Parlamentarier mit grünem Anstrich laufen mit Kritik am Grossprojekt auf.

Silvan Meile

Die rechte Ratshälfte im Thurgauer Grossen Rat sah in der Interpellation «Entwicklungsschwerpunkt Wil-West: ein Leuchtturm ohne öffentliche Diskussion?» einen Angriff auf das geplante 150 Millionen Franken teure Gross-

projekt rund um einen neuen Autobahnanschluss zwischen Wil und Münchwilen. Um dem entgegenzuwirken, entschieden sich SVP und FDP, den politischen Gegner nicht zu Wort kommen zu lassen beziehungsweise ihm die Diskussion zum Vorstoss zu verweigern. Nach einem Patt in der Ab-

stimmung und mit Stichtentscheid des Grossratspräsidenten gelang dieses Vorhaben. Den Wil-West-Kritikern wurde ein Maulkorb verpasst. Sie stören sich unter anderem daran, dass noch immer Zusagen von Firmen fehlen, die hoch qualifizierte Arbeitsplätze in diesem Gebiet ansiedeln sollten. 23

Gericht spricht Unfallfahrer schuldig

Oberbüren Vor knapp einem Jahr hat ein 24-jähriger Schweizer auf der Autobahn A1 einen 24-jährigen Pannenhelfer angefahren. Dieser wie auch der 50-jährige Fahrzeugbesitzer starben. Jetzt wurde der Unfallverursacher zu 18 Monaten bedingt verurteilt. (red) 39

Veranstalter halten an Raketen fest

Kreuzlingen Die Grünen des Bezirks Kreuzlingen haben die Petition «Feuerwerk begrenzen» lanciert. Sie erhoffen sich, dass die Veranstalter des Seenachtsfests Fantastical statt eines Feuerwerks eine Drohnenshow zeigen werden. «Das kommt für uns nicht in Frage», sagt Geschäftsführer Thomas Gut-

Er könne verstehen, dass man über kleine Feuerwerke diskutiere. «Aber das, was wir machen, ist nicht einfach ein Feuerwerk, sondern Kunst.» Er gibt jedoch zu, dass wegen des lauten Knallens Wasservögel in Panik geraten. Ob und inwiefern diese Schaden nehmen, könne er nicht beurteilen. (rha) 35

Villiger soll von Spionage gewusst haben

Crypto Eine Zuger Firma war Schaltstelle einer weltumspannenden Spionageoperation: Das Gerücht, dass Schweizer Behörden inklusive Bundesräte über die Verbindungen zwischen der Crypto AG und amerikanischen sowie deutschen Nachrichtendiensten informiert waren, kursiert schon seit den 1990er-Jahren. Nun gibt es offenbar erstmals Beweise. Ein CIA-Papier, das der SRF-«Rundschau» vorliegt, bezeichnet den ehemaligen Verteidigungsminister Kaspar Villiger als Mitwisser. Gemäss der «Rundschau» wusste Villiger, dass die Crypto den Geheimdiensten gehörte. Ebenso soll er über deren Aktionen informiert gewesen sein. Trotz moralischer Bedenken habe er die Sache unter den Tisch gewischt, heisst es. Villiger weist die Vorwürfe zurück. «Ich war in diese nachrichtendienstliche Operation nicht eingeweiht.»

Zur Aufarbeitung der Spionageaffäre fordern verschiedene Politiker von SVP, SP, FDP und Grünen eine parlamentarische Untersuchungskommission PUK. (sva, dk) 2, 3, 5

Quarantäne statt Kreuzfahrt



Pech für die 3600 Passagiere und die Crew des Kreuzfahrtschiffs Diamond Princess: Auf dem Luxusdampfer, der derzeit vor der japanischen Stadt Yokohama

ankert, grassiert das Corona-Virus. 174 Ansteckungen sind bestätigt. Die Gäste stecken noch mindestens eine Woche fest. 8

Bild: Franck Robichon/EPA (Yokohama, 12. Februar 2020)



Inhalt
Rätsel 10

Börse
Programme 14

Wetter
Traueranzeigen 20

Marktplatz
Ostevent 24

Leserservice: 071 272 72 72 E-Mail: leserservice@thurgauerzeitung.ch Redaktion: 052 728 32 32
E-Mail: redaktion@thurgauerzeitung.ch Inserate: 052 728 32 16 E-Mail: inserate@thurgauerzeitung.ch

Wil-West: Maulkorb für die Kritiker

Die rechte Ratshälfte verweigert die Diskussion ums Grossprojekt Wil-West und sendet ein umstrittenes Signal aus.

Silvan Meile

Toni Kappeler ahnte plötzlich Schlimmes. Der Grüne Kantonsrat aus Münchwilen sah vom Rednerpult aus, wie sein Antrag auf Diskussion zum Inhalt der Interpellation «Entwicklungsschwerpunkt Wil-West: ein Leuchtturm ohne öffentliche Diskussion?» Schiffbruch erleiden könnte. Denn die SVP wie auch grosse Teile der FDP-Fraktion lehnten es ab, dass im Parlament über das Mammutprojekt an der A1 diskutiert werden kann. «Vergiss mich nicht!», rief Kappeler noch dem Stimmzähler zu, weil nun jede Stimme zählte.

Und so kam es zum denkbar knappsten Resultat: 48 Kantonsräte votierten für Diskussion, 48 waren dagegen. Das bedeutete Stichentscheid für den Grossratspräsidenten Kurt Baumann (SVP). Der Sirnacher Gemeindepräsident, in diesem Amt unmittelbar in das Projekt Wil-West involviert, lehnte die Diskussion ab und erteilt damit den kritischen Stimmen einen Korb. Das widersprach Kappelers Demokratieverständnis. Enttäuscht zog er vom Rednerpult ab: «Ich verstehe das nicht.»

In der Kritik steht auch die kantonale Nutzungszone

In der Interpellation, über die geschwiegen werden soll, wirft eine Gruppe Hinterthurgauer Kantonsräte kritische Fragen zum Grossprojekt zwischen Wil und Münchwilen auf. Basierend auf der seit Jahrzehnten gehegten Idee eines neuen Autobahnanschlusses, planen die beiden Kantone Thurgau und St. Gallen zusammen mit den angrenzenden Gemeinden Münchwilen, Sirnach und Wil mittlerweile ein Grossprojekt für 150 Millionen Franken. Wil-West gelte als «wirtschaftlich und raumplane-

risch vielleicht sogar wichtigstes Projekt» für die Region, findet Kappler. Er gibt aber auch zu bedenken, dass dieses Vorhaben «einige Schuhnummern zu gross» ausfalle. Dies zeige sich daran, dass es an Zusagen von wertschöpfungsstarken Betrieben fehle, die sich auf diesem 14 Fussballfelder grossen Gebiet einst niederlassen sollen.

Für Mitinterpellant Josef Gemperle (CVP, Fischingen) ist auf Anfrage dieser Zeitung klar: Bei einem solchen Generationen-Projekt muss auch das Parlament mitwirken können. Doch genau dieses sendete am Mittwoch ein ganz anderes Signal aus: «Dass man solche immensen Veränderungen nicht einmal im Parlament diskutieren und auch kritisch begleiten will, ist aus meiner Sicht unverantwortlich.» Ein Mitbestimmen der Legislative sei auch deshalb zwingend nötig, weil Wil-West in eine kantonale Nutzungszone überführt worden ist. Dieses Instrument wurde einst eingeführt, um den Bau von Abfallanlagen und Deponien gegen den Widerstand der Standortgemeinden und der Bevölkerung durchzusetzen. «Dadurch sind

«Damit ist die Bevölkerung von einer Mitsprache ausgeschlossen.»

Josef Gemperle
Kantonsrat CVP



Toni Kappler, Kantonsrat der Grünen, wollte Kritikpunkte zu Wil-West äussern.
Bild: Donato Caspari

nicht nur die Bevölkerung selbst, sondern grösstenteils auch die Bundesämter von der Mitsprache ausgeschlossen.»

Diese Befürchtung relativiert die zuständige Regierungsrätin Carmen Haag. «Die kantonale Nutzungszone ist für solche Grossprojekte angepasst worden, die den Rahmen des Möglichen einer Gemeinde sprengen würden.» Das Abtreten der Planung an den Kanton sei schliesslich in den beiden betroffenen Gemeinden Münchwilen und Sirnach an Versammlungen demokratisch erfolgt. Doch auch Haag bedauerte, dass das Thema nicht im Rat diskutiert wurde. «Das sendet eher ein komisches Signal aus.»

SVP wollte Kritiker nicht zu Wort kommen lassen

«Wir sind klar der Meinung, dass mit der Interpellation versucht wurde, dieses Projekt zu verhindern.» Dem habe die SVP nicht Hand bieten wollen und deshalb entschieden, sich gegen Diskussion auszusprechen, sagt SVP-Fraktionschef Stephan Tobler (Egnach). Ausserdem habe der Regierungsrat sämtliche Fragen der Interpellanten «bestens beantwortet». Das Projekt sei genehmigt, es gebe keinen Grund, es nun zu torpedieren. Natürlich erhalte die Verwaltung durch diese kantonale Nutzungszone viel Macht. Beim Projekt Wil-West, das die SVP befürwortete, mache dies aber durchaus Sinn.

Diese Meinung teilten auch viele in der FDP. Guido Grütter, Gemeindepräsident von Münchwilen und Präsident des Vereins Regio Wil, findet, dass es derzeit keinen Anlass gebe, im Grossen Rat über das Projekt zu diskutieren. Auch der Bedarf sei ausgewiesen. Er bekomme jedes Jahr mehrere Anfragen von möglichen Investoren.

Kommentar

Demokratie ruhiggestellt

SVP und FDP haben ihre Macht ausgespielt. Sie verweigerten den Wil-West-Kritikern mit ökologischem Anstrich, ihre Befürchtungen gegen das Reissbrett-Projekt anzubringen. Damit hat diese Ratshälfte der Demokratie keinen Gefallen getan.

Dass man die kritischen Stimmen durch politisches Kalkül zum Schweigen bringt, wirft aber auch ein schlechtes Licht auf das Grossprojekt. Für die Steuerzahler ist es wichtig zu wissen, dass im Parlament auch Unbequemes zur Sprache kommt. Nicht zuletzt deshalb, weil der Stimmbürger noch nie seine Meinung zu diesem Autobahnanschluss und dem daraus erwachsenen 150-Millionen-Projekt äussern durfte.

Von grossen multinationalen Playern wurde einst geträumt. Hochqualifizierte Arbeitsplätze sollten sie in Wil-West ansiedeln. Auch die ETH hätte man gerne an der neuen Autobahnausfahrt begrüsst. Später sahen sich die Verantwortlichen aber gezwungen, ihre Pläne zurückzubuchstabieren. Mittlerweile hoffen sie eher, dass sich das regionale Gewerbe für das geplante Entwicklungsgebiet begeistern lässt. Da darf man sich doch nicht wundern, wenn auch mal kritische Fragen aufgeworfen werden. So läuft das in einer Demokratie.



Silvan Meile
silvan.meile@thurgauerzeitung.ch

Interkantonales Wolfalarm-SMS gefordert

Thurgau Franz Eugster ist Lehrer, in seiner Freizeit hält der Bischofszeller Schafe. Seine Herde umfasst rund 30 Muttertiere. Und Kleinwiederkäuer wie die seinen lebten in den vergangenen Wochen gefährlich: Mehrere Schafe fielen in den Kantonen Thurgau und St. Gallen dem Wolf zum Opfer. Eugster bekam jeweils ein SMS, wenn der Wolf im Thurgau Schafe riss. Absender: das Thurgauer Landwirtschaftsamt. Diese Information lobt Eugster in einer Einfachen Anfrage, die er gestern als CVP-Kantonsrat eingereicht hatte. Innert Tagesfrist seien die Schafhalter per SMS über den Riss informiert worden. «Für uns Schafhalter waren sie hilfreich», schreibt er.

Doch Eugster hat dennoch Fragen, er nennt sie Gedankenanstösse. So legen Grossraubtiere wie der Wolf in kurzer Zeit grosse Strecken zurück – auch über Kantonsgrenzen. «Wir

Thurgauer Schaf- und Ziegenhalter werden aber nur von unserem Landwirtschaftsamt über Risse im Thurgau informiert», hält Eugster fest. Über die Vorkommnisse in Rosrüti und Zuckenriet – beide Dörfer liegen im Kanton St. Gallen – ging kein Wolfalarm-SMS ein.

Eugster fragt deshalb, ob das Thurgauer Amt bereits sei, in Zukunft nach Rücksprache mit den Nachbarkantonen kantonsübergreifend zu informieren. Weiter erkundigt er sich, ob das Amt bereit wäre, weitere Nutztierhalter zu informieren. Denn: Die jüngsten Risse hätten sich alle in Ställen ereignet. Wie Eugster schreibt, wäre es daher möglich, dass ein Kalb in einem Stall oder einem Kälberiglu angefallen werden könnte. Weiter erkundigt sich der Bischofszeller, welche Möglichkeit das Amt sehe, um Halter zu informieren, die kein Mobiltelefon und Internet haben. (seb.)

Werkhof steht im Gegenwind

Regierungsrätin Carmen Haag verteidigt den neuen Werkhof in Amriswil: Dieser liege im Herzen des östlichen Kantonsteils.

Thurgau Der Kanton plant im Schrofen bei Amriswil einen Werkhof – als Ersatz für jenen in Kesswil, Jahrgang 1974. Eine demokratische Hürde hat die Schaltzentrale für den Strassenunterhalt bereits genommen: Am 10. Februar 2019 sagten die Amriswiler Stimmberechtigten deutlich Ja zu einem Landabtausch.

Im Grossen Rat scheint der Werkhof nicht unbegrenzt Kredit zu geniessen. Das zeigte die Diskussion über die Interpellation «Neuer Werkhof Tiefbauamt wieder auf grüner Wiese?». Eingereicht von SVP-Kantonsrat Walter Knöpfli (Kesswil). In der Beantwortung schrieb die Regierung, der neue Werkhof in Amriswil habe keinen direkten Zusammenhang mit den BTS und der OLS. In der Debatte sagte Knöpfli: «Wenn schon der

neue Werkhof nicht mehr relevant für den Betrieb von BTS und OLS ist, so kann auch der jetzige Werkhof saniert werden.» Knöpfli erinnert daran, dass jener in Kesswil vor rund 50 Jahren im Hinblick auf die T13 gebaut wurde; diese Strasse wurde nie gebaut. In diesem Bewusstsein appellierte Knöpfli, mit dem Neubau zuzuwarten.

Jost Rüegg (GP, Kreuzlingen) forderte, dass der Kanton auf den Standort Kesswil zurückkommen solle. Hans Eschenmoser (SVP, Weinfelden) wiederum findet, es müsse bei einem Auszug aus Kesswil sichergestellt werden, dass das alte Gebäude weitergenutzt werden könne. «Sonst wird ein Neubau schwierig.» Viktor Gschwend (FDP, Neukirch-Egnach) wusste zu berichten, dass der Feuerwehrzweckverband

plane, die Räume in Kesswil zu nutzen. Er bat den Kanton darum, abzuklären, ob nicht ein Werkhof für die Unterhaltsbezirke 1 und 2 reichen würde. Das sprach auch Daniel Frischknecht (EDU, Romanshorn) an. «Zwei Werkhöfe mit nur einem Dorf dazwischen befremdet sehr.» Knöpfli rechnete bereits vor, dass der heutige Werkhof Sulgen nur sechs Kilometer vom Standort Schrofen entfernt liege. Robert Meyer (GLP, Eschlikon) befand, eine Zusammenlegung sei möglich. Baudirektorin Carmen Haag widersprach: «Eine weitere Reduktion der Unterhaltsbezirke ist schwierig.» So seien die vier Werkhöfe bereits heute für je rund 200 Kilometer Strasse zuständig. Zudem liege Amriswil im Herzen des Unterhaltsbezirkes 1. «Kesswil liegt peripher.» (seb.)

Ein Fenster für den Denkmalschutz

Thurgau Toni Kappeler (GP, Münchwilen) und Mathias Tschanen (SVP, Müllheim) sind mit ihrem Vorstoss offene Türen – oder besser gesagt – offene Fenster eingerannt. Sie verlangten mit einer Motion, dass die Denkmalpflege nicht nur Beiträge an zweifach, sondern auch an dreifach verglaste Fenster leistet. Ihr Argument: Dreifach verglaste Fenster dämmen 30 Prozent besser und sind ähnlich teuer. An der gestrigen Sitzung erklärte Kappeler, dass sie den Vorstoss zurückziehen. «Aufgrund von verbindlichen Zusagen.» So habe das zuständige Amt angekündigt, ein Denkmalpflegefenster zu entwickeln. Verschiedene Anbieter sollen es herstellen können. «Zweitens soll bis Ende Jahr eine neue Richtlinie für beitragsberechtigten Fenster vorliegen», sagt Kappeler. Weiter werde ein Merkblatt der Ostschweizer Kantone – inklusive Fürstentum Liechtenstein – erarbeitet. (seb.)